

Anhaltende Forderungen nach Arbeitsentgelt gefährden Millionen Arbeitsplätze am Standort Deutschland

Roland Spitzer

(Dez. 2007)

Seit Jahrzehnten haben sich die ArbeitnehmerInnen daran gewöhnt, für die von ihnen erbrachten Leistungen auch ein gewisses Entgelt in Form von Lohn, Gehalt, oder anderen Zuwendungen zu erhalten. Dies hat in einem System abgeschotteter und nationaler Wirtschaften auch einigermaßen funktioniert.

Doch die Welt hat sich in den vergangenen Jahren gravierend verändert, so dass es im Rahmen eines effizienten ökonomischen Handelns bei Strafe des eigenen wirtschaftlichen Untergangs nicht mehr möglich ist, an Gewohnheiten festzuhalten, welche aus einer völlig anderen ökonomischen Epoche stammen. Unsere Zeit ist schnelllebiger geworden und wir haben das enge Korsett nationaler Volkswirtschaften abgestreift. Das Zeitalter der Globalisierung hat auch bei uns Einzug gehalten, und gerade wir profitieren als Exportweltmeister in besonderem Maße von dieser Entwicklung. Die Globalisierung, sowie die damit verbundene Öffnung der Nationalen Märkte stellen aber auch an unsere Unternehmen Anforderungen in einer bisher nicht gekannten Qualität. Der Wettbewerb wurde wesentlich verschärft und der Sturm konkurrierender Unternehmen bläst uns so stark entgegen, dass wir gezwungen sind, Maßnahmen zu ergreifen, um in diesem nicht einzuknicken.

Dabei nehmen wir die Segnungen als Exportweltmeister gerne an. Andererseits zögern wir uns den gesetzmäßigen Globalisierungsprozessen zu stellen. Denn zu den exportierten Waren gehören neben Konsumgütern folgerichtig auch Maschinen und Ausrüstungen mit deren Unterstützung eben jene Konsumgüter hergestellt werden, welche wir gerne so günstig kaufen. Die Produktion dieser Güter erfolgt zu Entgelten und Arbeitsbedingungen, mit denen wir bei weitem nicht konkurrieren können. Die gesunkenen Realeinkommen der vergangenen Jahre sind zwar ein erster Schritt, uns fit für den globalen Markt zu machen, doch waren diese Anstrengungen bisher eher halbherzig. Wir müssen den Mut aufbringen, alte Zöpfe abzuschneiden und wirkliche Reformen einzuleiten.

Besonderes Augenmerk sollte dabei auf die bereits erwähnte Praxis der Zahlung von Entgelten für erbrachte Arbeitsleistungen gelegt werden, denn es ist schon heute abzusehen, dass Unternehmen dem globalen Wettbewerb nicht standhalten können, wenn diese auch weiterhin für Löhne und Gehälter aufkommen müssen. In der Folge werden Millionen Arbeitsplätze in Deutschland verschwinden. Zwar gibt es in Deutschland schon einige Branchen, welche auf dem Gebiet der progressiven Lohnzahlungszurückhaltung bereits Pionierarbeit geleistet haben (z.B. Bewachungsgewerbe / Postzustellung). Doch diese Pflänzchen unternehmerischen Mutes drohen aufgrund staatlicher Eingriffe auch schon wieder zertreten zu werden.

Als aktuelles Beispiel sei hier nur die PIN Group genannt. Als Postzustellungsunternehmen hat diese sich über einen langen Zeitraum durch konsequente Lohnzahlungszurückhaltung fit für den anstehenden Fall des Briefmonopols gemacht. Nun, da der Erfolg unternehmerisch weitsichtiger Tätigkeit in greifbare Nähe gerückt ist, glaubt die Politik durch eigenmächtiges

Handeln ökonomische Gesetzmäßigkeiten aushebeln zu können und beginnt eine Diskussion um Mindestlöhne im Zustellungsbereich. Wie verheerend solch eine Verbiegung ökonomischer Gesetzmäßigkeiten sein kann, zeigt sich darin, dass die PIN Group nach dem Beschluss zur Einführung derartiger Mindestlöhne gezwungen war, die Streichung von 1000 Arbeitsplätzen bekannt zu geben. Und nach nochmaliger Überprüfung der ökonomisch relevanten Eckdaten erwägt der Mehrheitseigner nun die Schließung des Zustellunternehmens.

Das ist auch vollkommen nachvollziehbar. Denn um Kapital an einem Ort zu halten, bedarf es einer besonders hohen Rendite. Und diese lässt sich mit der Zahlung von Löhnen einfach nicht realisieren. Geringe Löhne gibt es beispielsweise in China. So ist es ökonomisch sinnvoll und logisch, dass die Investoren der PIN Group ein entsprechendes Zustellunternehmen in China eröffnen werden und die PIN Group die bisher ausgetragenen und nach Deutschland adressierten Postsendungen eben dann durch chinesische PostbotInnen viel kostengünstiger in China zustellen lässt. Der einzige Nachteil besteht darin, dass die PIN Group Kunden einen immens weiten Weg zu ihrer nächsten PIN Group Filiale haben. Aber wir leben ja in einem globalen Dorf, und was bedeuten in einem Dorf schon Entfernungen!

Dieselben Gefahren drohen auch dem Bewachungsgewerbe, denn weltweit gibt es Menschen, die für viel weniger als 3 Euro pro Stunde bereit sind, sich als Wachposten hinzustellen. Und wenn wir weiter so stur an Löhnen in diesem Gewerbe festhalten, werden die Wachleute überall in der Welt stehen und bei uns gehen diese Arbeitsplätze dann auch noch verloren.

Das Festhalten an der bisherigen Praxis würde auch nicht im Einklang zur Politik der Bundeskanzlerin stehen, denn nach ihren Worten ist sozial, was Arbeit schafft. Löhne, geschweige denn hohe Löhne führen zwangsläufig zum Arbeitsplatzabbau und sind, mit Verlaub gesagt, einfach asozial.

Nun grassiert gegenwärtig eine unheilvolle Diskussion darüber, dass Manager zu viel Geld bekommen. Eine Diskussion, die eher dazu beiträgt, noch mehr Arbeitsplätze am Standort Deutschland abzubauen. Durch ihr besonderes soziales Engagement haben diese Personen in wahrer Pionierarbeit geringfügig bezahlte Arbeitsplätze geschaffen, und dabei entgegen gängiger ökonomischer Lehrauffassungen unvernünftigerweise nicht auf die Zahlung von Entgelten für Arbeitsleistungen der Mitarbeiter verzichtet. Dieses soziale Engagement muss schon aus diesem Grund eine besondere Würdigung erfahren, da nur auf diesem Wege auch Arbeitsplätze in Deutschland gesichert werden können.

Hier liegt auch die Zukunft einer vernünftigen Partnerschaft von Wirtschaft und Politik. So kann die Wirtschaft gezielt Arbeitsplätze schaffen und die Politik entlastet die Wirtschaft bei dieser globalen Herausforderung, indem sie den Staat dafür benutzt, alle Reserven zu aktivieren, um die entsprechenden Arbeitskräfte am Leben zu erhalten. Dieser soziale Erfolg einer ökonomisch – politischen Partnerschaft würde auch dazu beitragen, die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Arbeit der Kanzlerin zu stabilisieren und langfristig zu steigern.